

Ausgabe 1, Oktober 2015

Der „Hingugger“

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist so weit. Die erste Ausgabe unserer Zeitung ist fertig. Wir wollen diese Zeitung nutzen, um Sie über unsere Arbeit und unsere Ansichten zu informieren und um mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Schreiben Sie uns also gerne, oder rufen Sie uns an wenn Sie Anregungen oder Fragen haben oder auch Kritik üben wollen.

Wir haben uns nicht gegründet weil wir glauben in Reinheim müsse alles anders werden. Reinheim hat viele Vorteile und einiges zu bieten. Wir glauben aber, dass Reinheim noch besser werden kann und daran möchten wir mitwirken. Wir erheben nicht den Anspruch, alles besser zu können oder zu wissen. Wir meinen aber, es sei auf die Dauer nicht gut, wenn nur eine politische Kraft über Jahrzehnte die Entwicklung steuert. Wir wollen vielmehr mit viel Arbeit und Engagement das eine oder andere entwickeln und vorantreiben.

Einer der Schwerpunkte unserer Arbeit war es und wird es sein, Ihnen mehr Möglichkeiten der Mitsprachen einzuräumen. Schwache Wahlbeteiligungen und Politikverdrossenheit sind eben auch dadurch stark bedingt, dass die Menschen kein Gehör finden, von den Entscheidungen oftmals ausgeschlossen werden und den Eindruck haben die Politik macht eh was sie will. Dank unserer Initiative und der Mithilfe weiterer Parteien im Parlament haben wir es zum Beispiel geschafft, dass Sie vor Sitzungen der Ausschüsse gehört werden können. Das ist zwar nur ein kleiner Erfolg, aber eine nicht unwesentliche Stärkung Ihrer Rechte und Möglichkeiten. Wir werden daran arbeiten, dass das noch besser wird und Sie noch weitergehende Rechte erhalten.

Bei der Verkehrssituation fehlt uns, wie auch bei der Stadtentwicklung, ein Konzept der Stadt. So haben wir die Umgehungsstraße zwar einhellig begrüßt, verstehen aber nicht warum die Auswirkungen auf den innerstädtischen Verkehr nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Die Probleme in der Goethestraße und der Ueberauer Straße und auch in Spachbrücken sind ja nicht vom Himmel gefallen. Wir wünschen uns und kämpfen dafür, dass Sie als Bürger-innen mehr und frühzeitiger eingebunden werden.

Ein wesentliches Thema ist die Armut in Reinheim. Auch an Reinheim gehen die Probleme nicht vorbei. Wir haben sehr viele Menschen, die nicht wissen wie sie über die Runden kommen sollen, die Beratung benötigen damit sie mit den Ämtern klar kommen. Hier ist auch die Kommune gefragt und kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Wir wollen, dass im Rahmen der Möglichkeiten geholfen wird und setzen uns deshalb für aufsuchende Sozialarbeit ein. Wir wollen, dass die Menschen nicht alleine gelassen werden. Es gibt bei uns Menschen, die sich hierfür einsetzen weil sie Christen sind, andere tun dies auf Basis einer humanistischen Einstellung. Wichtig ist, dass dieses Problem nicht weiter ignoriert wird. Die Zustände in manchen städtischen Wohnungen sind katastrophal und nicht menschenwürdig. Das muss und das darf in Reinheim nicht so bleiben. Es gäbe noch vieles zu erwähnen und deshalb haben wir uns dafür entschieden, diese Zeitung zu konzipieren und an Sie zu verteilen. Es würde uns sehr freuen, wenn Ihnen das Lesen Spaß machte und wir Ihnen einige neue Einblicke vermitteln könnten.

Für alle, die sich regelmäßiger über uns informieren wollen bieten wir einen digitalen Newsletter an. Sie brauchen uns nur ihr Einverständnis zu erklären und uns eine E-Mail Adresse anzugeben. Dann nehmen wir Sie in den Verteiler auf.

Natürlich können Sie sich jederzeit und unproblematisch wieder abmelden. Eine Mail an news@reinheimer-kreis.de genügt.

Ich wünsche Ihnen beim Lesen viel Freude, und verbleibe mit freundlichen Grüßen



Rolf Johann
1. Vorsitzender Reinheimer Kreis

Notunterkunft als Dauerwohnung

Die städtischen Notunterkünfte in Reinheim sind anders als bisher von Bürgermeister Hartmann dargestellt Dauerwohnungen, in denen die Bewohnerinnen und Bewohner in der Regel mehrere Jahre untergebracht sind. Darauf weist Gerda Ackermann, Stadtverordnete des Reinheimer Kreises und Mitglied im Sozialausschuss hin. Wie aus der Antwort des Bürgermeisters auf eine Anfrage der Fraktion "Reinheimer Kreis+FDP" hervorgeht, liegt der aktuelle Durchschnitt der "Einweisungsdauer" bei rund 3 Jahren. Zwei Personen sind sogar länger als acht Jahre darin untergebracht, die aktuell längste Einweisung begann am 01.10.2006. Das ist kein Einzelfall, denn zwei weitere Personen sind fünf bzw. vier Jahre dort untergebracht.

Laut Bürgermeister Hartmann "kann man von einem Unterbringungszeitraum von mehreren Monaten bis zu ... zwei Jahren ausgehen." "Das ist eine unhaltbare Situation!", kritisiert Gerda Ackermann. "Notunterkünfte sollen eigentlich nur kurze Zeit bewohnt werden, eben für die Zeit der 'Not'. Keinesfalls dürfen sie Dauerwohnungen werden." Es sei völlig unverständlich, weshalb die Stadt diese Menschen offenbar in den Notunterkünften ablege, ohne wenigstens den Versuch zu machen, ihnen wieder auf die Beine zu helfen. "Es wird immer deutlicher: In Reinheim fehlt eine wirksame Sozialarbeit.", resümiert Gerda Ackermann. Es verdichte sich auch, dass es notwendig sei, die Notunterkünfte zu sanieren bzw. zu ersetzen. Ein sehr gutes Beispiel sei das kleine städtische

Haus im Teichweg 17, in das laut Bürgermeister Hartmann erstaunliche sechs (!) Menschen eingewiesen werden können. Dem gegenüber sei die Situation in dem deutlich größeren Gebäude in der Oberen Straße in Ueberau geradezu als luxuriös zu bezeichnen. Dort können bis zu 10 Personen Platz finden. "Es wird Zeit, dass sich hier grundsätzlich etwas ändert und dass Reinheim wieder sozialer wird." kündigt Ackermann weitere Aktivitäten des Reinheimer Kreises an.

Gerda Ackermann



Hier herrscht wirklich Not !



Notunterkunft der Stadt Reinheim

Im Teichweg 17

Wer Windkraft sät, wird was ernten?

Es begann völlig harmlos: Im Energiebericht der Stadt Reinheim erschien 2014 lapidar die Aussage, dass auf den Hügeln bei Ueberau in der Nähe der Hundertmorgen ein paar Windräder aufgestellt werden könnten. Es dauerte einige Zeit bis diese Aussage sich aus dem kleinen Kreis des Energietisches herum sprach und für Unruhe unter der Bevölkerung sorgte. Eine offene und transparente Kommunikation über das Interesse von Projektgesellschaften und die Durchführung von entsprechenden Untersuchungen hätte die Gerüchteküche vermeiden können und die Anwohner angemessen einbezogen. So mussten die Anwohner von sich aus aktiv werden und Informationen einfordern. Besonders die Einwohner der Hundertmorgen machen sich Sorgen, da diese Industrieanlagen direkt vor ihre die Haustüre gepflanzt werden sollen. Eine Bürgerinitiative gründete sich, an der auch Menschen aus Groß-Bieberau und Otzberg Mitglieder wurden. Deren Ziel ist klar, keine Windräder in Reinheim und seinen Nachbargemeinden.

Nun erhebt sich die Frage, wo denn die Energie herkommen soll, da Atomstrom in Deutschland nicht mehr gewollt wird. Solarstrom hat heute schon einen beachtlichen Anteil im Energiemix, und umweltfreundliche Gasturbinenkraftwerke sorgen für eine ausfallsichere Grundlastversorgung. Doch gehört auch Gas zu den fossilen Brennstoffen und ist somit endlich. Wind dagegen ist wie Sonne und Geothermie unerschöpflich und fast überall vorhanden. Allerdings ist die Verteilung ungleich: Windenergie ist nur im Norden reichlich vorhanden, im Süden dagegen ist die Ausbeute eher gering und schon so mancher Betreiber von Windkraftanlagen musste seine Ertragsersparungen drastisch nach unten korrigieren. Ueberau z.B. liegt an der unteren Grenze der notwendigen Windstärke, die vor Ort bislang nicht einmal gemessen,

sondern nach statistischen Daten geschätzt wurde.

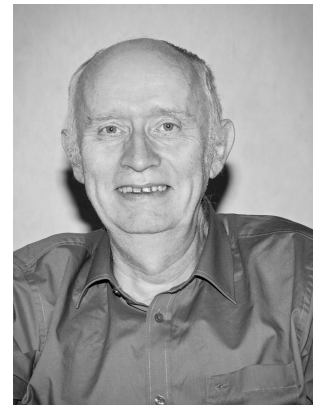
Der aus unserer Sicht notwendige Einsatz erneuerbarer Energien sollte aber nicht aus ideologischen Standpunkten entschieden werden, sondern nach der Sinnhaftigkeit und nach sorgfältiger Abwägung aller individueller Faktoren an den jeweiligen Standorten in Einzelfallprüfung. Eine politische und gesellschaftliche Bewertung findet dabei in der Öffentlichkeit und den politischen Gremien vor Ort statt und hat nichts mit den späteren Formalprüfungen der Entscheidungsbehörde zu tun.

Wir als Reinheimer Kreis wollen nicht den Ausbau und die Entwicklung erneuerbarer Energien behindern. Wir wollen aber auch nicht, dass entgegen dem Willen der Bevölkerung solch gravierende Eingriffe in die Umwelt und das Landschaftsbild vorgenommen werden. Dazu kommt, dass es sich bei den fraglichen Flächen nicht um gemeindeeigene Flächen, wie z.B. im Fall von Roßdorf handelt. Einnahmen aus der Pacht kämen damit nicht der Kommune und der Allgemeinheit zu Gute, sondern direkte Nutznießer sind wenige Privatpersonen. Inwieweit die Anlagen die Gesundheit beeinflussen ist umstritten, wir wollen aber, dass sowohl der Schutz von Mensch als auch Tier, Vorrang vor kommerziellen Interessen Einzelner hat.

Unglücklicherweise gibt es keine bundeseinheitlichen Regelungen zum erforderlichen Abstand von Windkraftanlagen. Hier werden Entscheidungsträger vor Ort mal wieder allein gelassen. Die Vorgaben der hessischen Landesregierung sehen 1000 Meter zu Siedlungen und 600 Meter zu Splittersiedlungen vor. Diese resultieren v.a. aus der Erkenntnis, dass bei strengeren Abstandsregelungen in Hessen kaum noch Flächen für Windkraft in Frage kämen. Allerdings ist diese Vorgabe starr und berücksichtigt nicht, dass die modernen Anlagen immer höher werden und immer größere Rotorenblätter bekommen.

Der Reinheimer Kreis ist der Meinung, dass ein Abstand zu jedweder Art von Wohnsiedlungen nach bayerischem Vorbild, nämlich 10 mal die Höhe der Anlage eingehalten werden muss, und dass keine seltene Vogelart wie der Rotmilan in Mitleidenenschaft gezogen werden dürfen. Da diese Abstände hier nicht eingehalten werden können, lehnen wir die Windkraftanlagen im Reinheimer Umfeld ab.

Wolfgang Krenzer



Fraktion Reinheimer Kreis + FDP: Was soll das?

Die Geschichte unserer Fraktion beginnt in der Reinheimer SPD. Dort haben wir alle viele Jahre, teilweise Jahrzehnte intensiv mitgearbeitet und einen großen Teil der Parteiarbeit übernommen: Veranstaltungen organisieren und durchführen, Plakate kleben, Flyer verteilen, Vorstandsarbeit. Fast alle von uns haben viele Jahre in SPD-Vorständen gearbeitet, zuletzt waren die meisten im Vorstand der Reinheimer SPD, Jörg Rupp sogar SPD-Vorsitzender von Reinheim. In dieser innerhalb der SPD ja nicht unwichtigen Funktion erwarteten wir, Einfluss auf die Entscheidungen über die Zukunft Reinheims zu haben und gemeinsam mit dem Bürgermeister und der SPD-Fraktionsführung zu guten Lösungen zu kommen. Das aber stellte sich als Irrtum heraus. Im November 2012 eröffnete uns Herr Bürgermeister Hartmann, dass wir uns als SPD-Vorstand aus der Kommunalpolitik heraus zu halten hätten. Die Politik werde in der Fraktion gemacht. Das konnten wir nicht nachvollziehen und eine Chance zur Veränderung dieser starren Haltung sahen wir auch nicht, weshalb wir eigentlich aufhören wollten.

Ein eigener Kandidat für den SPD-Fraktionsvorsitz

Dann aber entschieden wir uns, noch einen Versuch zu wagen und stellten einen Kandidaten für den Fraktionsvorsitz auf. Bei der Wahl am 30.10.2013 blieb der Amtsinhaber nur deshalb im Amt, weil man den amtierenden Ortsvereinsvorstand von der Abstimmung ausschloss, die Zusammensetzung der Fraktion also einfach änderte und den gesetzlichen Bestimmungen anpasste. Zuvor war die SPD-Fraktion unrechtmäßig zusammengesetzt gewesen.

Öffentliche Beschimpfungen und Aufforderung zur Niederlegung der Mandate

Nun waren wir erneut entschlossen, von allen Ämtern zurückzutreten, mussten aber miterleben, wie wir nur wenige



Jörg Rupp

Tage später in der Zeitung in aggressiver und herabwürdigender Art und Weise aufgefordert wurden, alle Ämter und Mandate niederzulegen. Das wollten und konnten wir uns nicht bieten lassen. Wir entschieden: Jetzt bleiben wir gerade! Wozu? Um Einfluss auf die Kommunalpolitik und die Zukunft Reinheims zu nehmen, unsere Vorstellungen von sozialer und demokratischer Politik zu verwirklichen. Also: Mehr Demokratie und mehr Bürgerbeteiligung erreichen, ein ökologischeres und sozialeres Reinheim schaffen, die Wirtschaftspolitik und das Standortmarketing verstärken und verbessern, eine konzeptionell fundierte Stadtentwicklung erreichen, die starre Konfrontationsstellung zwischen den politischen Lagern überwinden, die Bürgergesellschaft Reinheims wecken und unterstützen.

Abwurf des rigiden SPD-Fraktionszwangs und Ausschluss

Das konnte nur gehen, wenn wir den äußerst brutalen Fraktionszwang der SPD fortan ignorierten. Dort ist es einzelnen Stadtverordneten verboten, eigene Anträge zu stellen oder im Parlament zu sprechen. Deshalb stellt die SPD auch so gut wie keine Anträge und es sprechen immer nur dieselben. Außerdem werden vom Fraktionsvorstand nicht alle Informationen weitergereicht, Entscheidungen oft getroffen, bevor die zugehörigen Unterlagen vorliegen. Einwände gegen diese Praxis wurden einfach weggeschwemmt. Deshalb nahmen wir uns nun die Freiheit, eigene Anträge zu stellen. Das wurde von der Führung der SPD-Fraktion zum Anlass genommen, uns am 03.11.2014 aus der Fraktion ausschließen zu lassen.

Folgen des Ausschlusses aus der SPD-Fraktion und Gründung einer neuen Fraktion

Ohne Fraktionszugehörigkeit sind die Rechte eines Stadtverordneten sehr gering. Es gibt keinen Sitz im Ausschuss und damit keine Möglichkeit, Einfluss auf deren Empfehlungen zu nehmen. Einen Teil der Informationen erhalten einzelne Stadtverordnete nicht, aber Fraktionen. Um weiter mitarbeiten und mitentscheiden zu können, mussten wir also eine eigene Fraktion bilden. Das taten wir gleich am 04.11.2014. Die Fraktion "Reinheimer Kreis" war geboren. SPD und Grüne haben seitdem keine Mehrheit mehr im Stadtparlament.

Neubildung der Ausschüsse

Veränderungen in der Zusammensetzung des Parlaments erfordern, dass die Ausschüsse neu gebildet werden. Dabei waren acht der 36 Ausschuss-Sitze auszulösen. Sieben der acht Sitze wurden von Thomas Knöll (SPD) SPD und Grünen zugelost, wodurch alle (!) Ausschüsse weiterhin eine Mehrheit dieser Fraktionen aufwiesen. Also entgegen des Gesetzes die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse nicht abbildeten.

Neue Fraktion Reinheimer Kreis + FDP

Glücklicherweise bildeten wir in dieser Situation eine Fraktionsgemeinschaft mit dem FDP-Ortsverband und dem FDP-Stadtverordneten Klaus Haberstroh. Darüber freuten wir uns sehr und nahmen ihn auf, trotz teilweise unterschiedlicher Positionen. Denn bei uns kann jede/r Stadtverordnete selbst entscheiden, wie sie/er abstimmen will. Fraktionszwang lehnen wir ab. So mussten die Ausschüsse erneut geändert werden. Seitdem entsprechen sie den gesetzlichen Anforderungen und den tatsächlichen Mehrheitsverhältnissen in der Stadtverordnetenversammlung.

Grundgesetz und HGO: Freiheit der Mandatsausübung

Wiederholt erhoben SPD und Grüne die Forderung, wir hätten doch unsere Mandate zurückzugeben, denn wir hätten sie ja der SPD zu verdanken. Das offenbart eine sehr bedenkliche Sicht auf die Demokratie und auch ein gefährliches Rechtsverständnis. Denn laut Artikel 38 Grundgesetz und § 35 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) üben "die Gemeindevertreter ... ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge und Wünsche der Wähler nicht gebunden." Und an die Weisungen von Parteien oder Bürgermeistern schon gar nicht. Die schlimmen Gründe dafür liegen in der Geschichte Deutschlands. Es kommt hinzu, dass bei der hessischen Kommunalwahl nicht nur Parteien, sondern auch Personen gewählt werden: "Kumulieren und Panaschieren".
(Fortsetzung nächste Seite)

So erhielten Jörg Rupp 2.948 Stimmen, Ulrike Göckel 2.850, Gerda Ackermann 2.731, Christina Göckel 2.512, Wolfgang Krenzer 2.427 und Werner Göckel 2.386 Stimmen. Nicht zu vergessen: Wir haben durch unsere Arbeit mit dazu beigetragen, dass die Reinheimer SPD 2011 16 Sitze gewinnen konnte.

Wie soll das alles weitergehen?

Wir sind bereit, mit allen Parteien und Fraktionen sowie dem Bürgermeister konstruktiv zusammenzuarbeiten. Leider sind das SPD und Grüne bislang nicht. Alle unsere Vorschläge treffen auf zornigen Widerstand, werden auf das Schärfste bekämpft. Die Nachstellungen reichen bis in den beruflichen und privaten Bereich. Aber wir werden nicht aufgeben und unseren Weg weitergehen. Und wir treten zur Kommunalwahl am 06.03.2016 an. Dann können Sie entscheiden, ob wir weitermachen sollen oder nicht. Wir würden uns freuen.

Wir haben schon viel bewegt und erleben eine neue, sehr unkomplizierte und entspannte kollegiale Zusammenarbeit zwischen CDU, DKP, FWG, FDP und dem RK. Ganz ohne "Verträge" oder "Allianzen". Wir gehen einfach normal und fair miteinander um. Es wäre schön, wenn wir das für alle Fraktionen und Parteien sagen könnten. *jr*

Impressum

Herausgeber

Reinheimer Kreis e.V.

Verantwortlich

1. Vorsitzender

Rolf Johann
Hofstraße 24
64354 Reinheim
Tel.: 017615846810
Mail : info@reinheimer-kreis.de

Haftung

Für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Beiträge wird keine Gewähr übernommen. Eine Haftung ist ausgeschlossen. Nutzung und Verbreitung des Inhalts bedarf der Zustimmung des Herausgebers.

Web

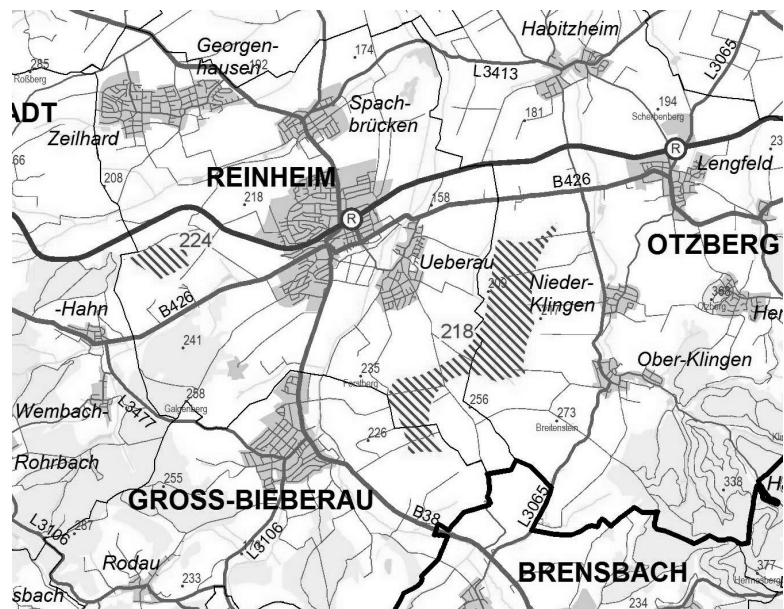
www.reinheimer-kreis.de

Rechtliche Rahmenbedingungen zur Windkraft

Windkraftanlagen können aktuell überall dort errichtet werden, wo sie laut Flächenutzungsplan oder Regionalplan möglich und rechtlich genehmigungsfähig sind. Auf unbeplanten Flächen im Außenbereich (d.h. außerhalb geschlossener Ortschaften) greift für Windenergieanlagen der § 35 Abs.1 Nr. 5 Baugesetzbuch. Danach sind diese privilegiert zu behandeln, wenn keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Mit der Öffnung des § 35 BauGB für Windkraftanlagen wird die Errichtung im Außenbereich erleichtert und somit die Windenergie gefördert. Windenergieanlagen, die höher sind als 50 m, bedürfen einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung. Zu den notwendigen Prüfungen gehören nach hessischem Recht auch die Vorschriften des Naturschutzes (Schutz von Pflanzen und Tieren, Schutz des Landschaftsbildes etc.). Die zuständige Genehmigungsbehörde ist das Regierungspräsidium.

Der 2011 durch Ministerpräsident Bouffier eingesetzte hessische Energiegipfel, dem laut eigener Aussage "alle in Energiefragen relevanten Gruppen" angehörten (Fraktionen des hessischen Landtags, Vertreter der Kommunen, von Umwelt- und Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Industrie) legte im Abschlußbericht fest, dass 2 % der hessischen Landesfläche als Vorrangfläche für Windenergie auszuweisen seien. Die 2%-Regel wird dabei bis auf die Landkreise heruntergebrochen, d.h. auch 2% der Fläche des Landkreises Darmstadt-Dieburg sollen für Windenergie zur Verfügung gestellt werden.

Das Regierungspräsidium Darmstadt entwarf im Auftrag der Regionalversammlung Rhein-Main den sogenannten "Teilplan Erneuerbare Energie" zum Regionalplan Südhessen unter Beachtung bestimmter Kriterien. Dazu gehören Abstandsregelungen z.B. zu Siedlungen und Kulturdenkmälern, Schutz von Reservaten, Windhäufigkeit am Standort, eine Mindestgröße der Fläche und die 2%-Regel. Im Entwurf des Teilplans sind sogenannte Vorrangflächen ausgewiesen, in denen die Errichtung von Windkraftanlagen zukünftig genehmigungsfähig ist. Alle anderen Flächen sind automatisch Ausschlussflächen, d.h., sie kämen für eine Windkraftnutzung nicht in Frage. Derzeit befindet sich die Vorlage des Regierungspräsidium's in der Überarbeitung, nachdem in der ersten Offenlage mehr als 25.000 Stellungnahmen u. a. von Verbänden, den betroffenen Kommunen oder von Anwohnern eingegangen waren. In der Nähe von Reinheim gibt es laut Entwurf zwei relevante Vorranggebiete. Bis zur Rechtskraft des Teilplans können nach § 35 BauGB sowohl innerhalb als auch außerhalb der markierten Flächen Windkraftanlagen errichtet werden, mit dem Eintreten der Rechtskraft nur noch innerhalb der definierten Vorrangflächen. *wk*



Windvorranggebiete Umgebung Reinheim (schraffierte Flächen)

Ein neuer Ausschuss für Reinheim

Die durch die veränderten Mehrheitsverhältnisse notwendig gewordene Neubildung der Ausschüsse eröffnete die Chance, auch politische Akzente zu setzen, die wir genutzt haben. Wir schlugen die Bildung eines Ausschusses für Wirtschaft und Stadtentwicklung vor, weil diese Themen bisher nicht oder zu wenig politisch debattiert und bearbeitet wurden.

Seit Jahrzehnten fehlt in Reinheim eine konzeptionell durchdachte und vorausschauende aktive Wirtschafts- und Standortpolitik. Daraus resultieren nicht nur ein erheblicher Rückgang des Einzelhandels in Reinheim, sondern auch ein langsames Sterben der Dienstleistungs- und Handwerksstrukturen unserer Stadt. Allein seit 2000 ist die Zahl der Arbeitsplätze um fast 20% zurück gegangen.

Immer wieder, nicht zuletzt in den Stadtteilen, geben Gewerbetreibende auf oder gehen in Rente, ohne einen Nachfolger zu haben.

Innerhalb von 15 Jahren ist die Einwohnerzahl Reinheims von einst 18.500 auf jetzt gut 16.000 gesunken. Gründe dafür gibt es viele, die wichtigsten sind die Alterung der Bevölkerung und die Abwanderung junger Menschen und auch von Familien. Reinheim tut zu wenig, um diesen Trend zu bremsen oder gar zu stoppen. Deshalb wird vorhergesagt, dass Reinheim in einigen Jahren nur noch etwas mehr als 14.000 Einwohner haben wird, obwohl wir im Speckgürtel des boomenden und stark wachsenden Darmstadt liegen. Reinheim tut zu wenig, sich positiv darzustellen. Es fehlt bitter an einem modernen Stadtmarketing.

Außerdem fährt die städtische Politik zu oft "auf Sicht", ohne fundierte und durchdachte Konzepte. Stadtentwicklung meint nicht nur eine aktive Standort- und Wirtschaftspolitik, sondern auch eine konzeptionell durchdachte Verkehrs-, Wohnungs-, Integrations-, Inklusions- und Sozialpolitik. Wie soll Reinheim im Jahre 2030 oder 2040 aussehen? Diese Frage ist nicht nur Sache des Bürgermeisters, sondern auch der Stadtverordneten und aller Bürgerinnen und Bürger. Deshalb wollen wir ein Stadtentwicklungskonzept für die ganze Stadt, die "Soziale Stadt" und den Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention. Deshalb haben wir einen Ausschuss für Stadtentwicklung gebildet, der Stadtverordnete und Bürgerschaft in die Entscheidung über die Ziele der Stadtpolitik mit einbezieht. *jr*

Neue Ausschussvorsitzende

Seit Jahrzehnten hat die SPD in Reinheim mit Partnern die Mehrheit. Das hat sie dazu genutzt, alle Funktionen mit Bedeutung selbst zu besetzen, beispielsweise die Ausschussvorsitze. Bisher stellte die SPD drei und die Grünen einen. Die anderen Fraktionen wurden nicht berücksichtigt.

Diese allein an der Machtfrage orientierte Handlungsweise wollen wir verändern. Deshalb haben wir den Vorschlag der CDU unterstützt, dass künftig die vier größten Fraktionen je eine/n Vorsitzende/n stellen sollen.

SPD und Grüne aber lehnen das vehement ab. Sie unterstellen lieber persönliche Motive und wollen sich die Möglichkeit offen halten, nach der Kommunalwahl wieder zum alten Verfahren zurückzukehren. Obwohl von den anderen Fraktionen mehrfach vorgeschlagen, lehnen ihre bisherigen Ausschussvorsitzenden Angelika Kiermeier und Thomas Knöll weiterhin eine erneute Übernahme dieses Ehrenamtes ab. Mehr noch: Plötzlich weigerten sich die bisherigen Schriftführer aus der Verwaltung, ihre Ehrenämter weiter auszuüben.

Um die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes zu gewährleisten, haben sich Edgar Friedrich (FWG) und Werner Göckel (RK) bereit erklärt, den Bauausschuss zu führen. Am 28.09.2015 konnte sich nun endlich, nach mehr als 2 Monaten Verzögerung durch den Stadtverordnetenvorsteher, auch der Ausschuss für Sozial-, Familien-, Sport und Kultur konstituieren. Bei allen Abstimmungen stimmten die 2 SPD Mitglieder mit nein, auch bei der Wahl der Schriftführer, das ist peinlich da es keine Gegenkandidaten gab. So schätzt man bei der SPD das Ehrenamt. *jr*

Ausschüsse	Vorsitzende	Stellvertreter	Schriftführer
Haupt- und Finanzausschuss	Michael Wend (CDU)	Wolfgang Krenzer (Reinheimer Kreis + FDP)	Jörg Rupp (Reinheimer Kreis + FDP) Edgar Friedrich (FWG)
Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss	Edgar Friedrich (FWG)	Werner Göckel (Reinheimer Kreis + FDP)	Ulrich Brauch (FWG) Friedrich Kammer (DKP)
Sozial-, Familien-, Sport und Kulturausschuss	Klaus Haberstroh (Reinheimer Kreis + FDP)	Gerda Ackermann (Reinheimer Kreis + FDP)	Rolf Johann (Reinheimer Kreis + FDP) Gerd Jeromin (FDP)
Ausschuss für Wirtschaft und Stadtentwicklung	Jörg Rupp (Reinheimer Kreis + FDP)	Stefan Seibert (CDU)	Gerd Jeromin (FDP) Karl Heinz Peter (CDU)

Nein, meine Suppe ess' ich nicht!

Trotzige Kinder in den Ausschüssen?

Das Parlament hatte im Januar die Neubildung der Ausschüsse beschlossen, die jetzt, nach vier Monaten(!) endlich zustande kam. Als erstes werden die Vorsitzenden und Schriftführer gewählt. Gemeinhin eine einfache Übung.

Aber nicht so, dieser Tage!

Die Koalition ist beleidigt, dass sie nicht mehr die Mehrheit in den Ausschüssen verfügt und blockiert und boykottiert nun wo es geht. Selbst die Verwaltung wird für politische Zwecke der Koalition benutzt. War es jahrelang Brauch, dass der Schriftführer der Ausschüsse, wie der des Stadtparlamentes von der Verwaltung gestellt wird, ist nun plötzlich keiner aus der Verwaltung mehr bereit dieses Amt anzunehmen.

Auch politische Verantwortung als Ausschussvorsitzender will keiner der Koalitionspartner mehr übernehmen. Hatte Angelika Kiermeier und Thomas Knöll in der Vergangenheit jeweils einen Ausschussvorsitz, so wollten sie diesen nicht mehr behalten.

Aber Warum?

Wenn die Grünen in ihrem Blog schreiben, dass es „kein Drama“ sei, wenn die „Regierungskoalition“ keine Mehrheit im Parlament mehr habe, frage ich mich, warum man sich dann so vor der Verantwortung drückt, und sich wie ein trotziges Kind verhält?

Wir können beileibe froh sein, dass in Wiesbaden und Berlin Politiker mit mehr Rückgrat und Verständnis für demokratische Spielregeln haben. Dort werden die Ausschüsse nämlich von allen Fraktionen geleitet, und nicht nur von einer Regierungskoalition.

Und das ist gut so!

Aber es gibt auch gute Nachrichten, der Haupt- und Finanzausschuss, sowie der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung konnten sich erfolgreich konstituieren und haben mit Michael Wend und Jörg Rupp jeweils kompetente Vorsitzende. wk

Die kostenlosen Windsäcke können durch ZAW- Gebühren teuer werden ...

Wie heißt es so schön?

Von der Wiege bis zur Bahre alles geht nur mit Formulare, Formulare.

So kann man auch die mit dem Haushalt 2015 mehrheitlich durch Zustimmung des DKP-Antrags eingeführten Windsäcke verhindern.

Das neu entwickelte und eingeführte Formular der Stadtverwaltung Reinheim enthält 3 Prüfvermerke von Mülltonne über Einwohnermeldeamt bis Umweltamt. Danach kann eine Ausgabe an der Zentrale – nur wenn besetzt, erfolgen.

Ich denke, wer sich diese Posse hat einfallen lassen, dem gehört ein Lob für noch mehr „Bürokratie“ die niemand wollte! Auch der allgegenwärtige Datenschutz wird nicht sichergestellt.

Inzwischen wurde festgestellt, dass neben der Geburtsurkunde auch noch nach § 16 des ZAW ein Mindestmüllbehältervolumen von 12 Liter je Bürger eingehalten werden muss.

Daraus kann sich ergeben, dass bevor die Windsäcke ausgegeben werden, zuerst die 50 Liter Tonne gegen eine 60 Liter Tonne auf dem Bauhof in Spachbrücken auszutauschen ist. Dafür berechnet ZAW eine Wechselgebühr von 10,-€ extra. Dabei ist auch zu beachten, dass der Strichcode der alten Mülltonne manuell ordentlich an beiden Mülltonnenseiten entfernt – abgeschabt werden muss.

Von vielen Seiten wurde die Einführung der Windsäcke gelobt und für gut empfunden.

Denn dies ist nicht nur ein Frauen-/Mütterthema. Denken wir alle nicht nur an die kinderreichen Familien, die es in Reinheim gibt, sondern auch an die Menschen die krankheits- oder altersbedingt ein Inkontinenzproblem haben. Diese Betroffenen werden es kaum öffentlich erwähnen oder nach außen tragen und schon gar nicht den „Canossagang“ durch das Rathaus wählen. Für Menschen mit „Hemmschwellen“ ist das Formular jedenfalls ein Unding!!!

Doch es kann uns alle treffen.

Diesen Menschen möchte ich Mut zusprechen, besorgen Sie sich die erforderlichen Nachweise.

Wie wäre es wenn in unserer so sozialen Stadt Reinheim die Sozialdemokraten selbst auf die Idee kämen den Verwaltungswust zu vereinfachen???

Wir vom Reinheimer Kreis meinen: Diese Lösung ist im Sinne der betroffenen Reinheimer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern!!

Ulrike Göckel



Reinheimer Kreis schlägt „Anlieger frei“, Verengungen und Piktogramme vor

Jedes Ding hat zwei Seiten, so auch die Umgehungsstrasse. Einige Bürger, die nun mehr Lärm vor dem Fenster haben, schrieben hilfeschend an die Politik. Der Reinheimer Kreis hat sich daraufhin mit einer Postkartenaktion an die Anwohner der Goethestraße und der Ueberauer Straße gewandt. Die Resonanz war erstaunlich, so der 1. Vorsitzende Rolf Johann. Mehr als 20 Bürger haben sich gemeldet und ihr Leid geklagt. Während einer Begehung wurde deutlich, dass die Situation in der Goethestraße und in der Ueberauer Straße nicht erträglich ist. Mit den Anwohnern wurden Vor- und Nachteile von Lösungsansätzen ausgelotet. Diese Diskussionen führten bereits zu einem Antrag im Stadtparlament. Darin wird die Prüfung der „Anlieger frei – Regelung“ in der Goethestraße

genauso vorgeschlagen wie die Prüfung von Straßenverengungen an verschiedenen Stellen, die Reduktion der Geschwindigkeit vor der Zufahrt in das Baugebiet von 70 km/h auf 50 km/h und die Aufbringung von Piktogrammen zum Hinweis auf „Rechts vor Links“. Fraktionsvorsitzender Jörg Rupp verwies darauf, dass es der Opposition im Parlament gelungen sei zu erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger vor den Verkehrsausschusssitzungen Fragen stellen können. Auch der neue stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, Werner Göckel, freut sich darüber, dass Bürger nun direkter ihre Anliegen vorbringen können. Dies sei eines der Hauptanliegen des Reinheimer Kreises. Dass dies gegen die Stimmen von SPD und Grünen erkämpft werden musste,

stimmt nachdenklich, so der stellvertretende Vorsitzende Jörg Retzlaff. In der Ueberauer Straße gestalten sich Lösungsansätze schwieriger, da es sich um eine Bundesstraße handelt. Hier böten sich für die Kommune weniger Ansätze für eine schnelle Verbesserung der Situation. Helfen könne allenfalls ein Durchfahrtsverbot für LKW oder eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h wie es in Darmstadt realisiert sei. Man werde hierfür bei den anderen Fraktionen im Parlament um Unterstützung werben. Am 29.9.2015 wurde die Resolution - Goethestraße im Stadtparlament mit 13 ja, 13 nein und 3 Enthaltungen abgelehnt. SPD, Grüne und einzelne aus CDU und DKP haben dagegen gestimmt. wg



Bitte kein Durchgangsverkehr in der Goethestraße !

Fahren Sie über die Umgehungsstraße

Dieser Banner wurde vom Reinheimer Kreis an der Kreuzung Westring - Goethestraße aufgestellt.

Flüchtlinge in Reinheim willkommen heißen

Ertrunkene Kinder, Frauen und Männer, Verzweifelte, die versuchen, ungarische Grenzzäune zu durchschneiden oder bei Calais einen Zug oder Laster Richtung Groß-Britannien zu erwischen - die Bilder von Krieg und Zerstörung in den Heimatländern der Flüchtlinge und des Elends der oft wochen- oder monatelangen Flucht nach Europa brennen sich ein und lösen eine überwältigende Spenden- und Hilfsbereitschaft in Deutschland aus. Auch in Reinheim waren die Kapazitäten der Lagerräume bei der Stadt und anderen Organisationen wie der AWO bald erschöpft, so konnten zwischenzeitlich keine weiteren Spenden angenommen werden. 81 Flüchtlinge leben zum Stichtag 31.05.2015 in Reinheim, davon 41 in vier vom Landkreis angemieteten Unterkünften und 40 in Privatwohnungen.

Als Zuweisung für das erste Halbjahr 2015 werden weitere 47 Personen im September erwartet. Die neue Gemeinschaftunterkunft an der Sporthalle bietet 48 Menschen eine erste Unterkunft und ist somit mit dem zu erwartenden Kontingent ausgelastet. Die Zuweisungsquote für das zweite Halbjahr 2015 ist noch unklar, wird aber eher über den bisherigen Zahlen liegen. Damit wird wieder dringend Wohnraum für Flüchtlinge gesucht. Neben privaten Wohnungseigentümern, die freie Kapazitäten jederzeit dem Sozialamt melden können, ist die Stadt gefordert, weitere Standorte für zusätzliche Gemeinschaftunterkünfte zu entwickeln. Derzeit ein Wettlauf gegen die Zeit.. Die Stadtverordneten entscheiden im September über die Ausweisung von einem Standort in Spachbrücken (am Friedhof) und einem Standort in Georgenhausen (Am Gockert),

welche beide dringend benötigt werden. Weitere geeignete und sinnvolle Standorte können vorgeschlagen werden. Das Elend und die Not der Flüchtlingen eignen sich nicht für parteipolitische Profilierungen oder ein "Fischen am rechten Rand", was die NPD aber nicht von Hetze und dem Schüren von Ängsten abhält, auch in Reinheim, z.B. über Postwurfsendungen. Doch die Relationen zeigen: 122 Flüchtlinge bei rund 18.000 Einwohnern verursachen bei weitem keine "Überfremdung". Der Reinheimer Kreis appelliert an alle Einwohnerinnen und Einwohner sowie politisch Verantwortlichen, den politischen "Rattenfängern" mit ihren vermeintlich "einfachen Rezepten" entschlossen entgegenzutreten, Demokratie und Gastfreundschaft zu verteidigen und zu leben und die Flüchtlinge auch im Alltag willkommen zu heißen. kpr